

Jochen Prandhoff: Brauchen wir den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk?



Jochen Prandhoff fürchtet die Einschränkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und -Fernsehens

Angriff auf den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk

Gewünschte demokratische Kontrolle durch die Medien:

- 1.) Zeitungen und Zeitschriften
- 2.) Privater Hörfunk und Privatfernsehen
- 3.) Die „Öffentlich-Rechtlichen“.

Die unter Punkt 1 u. 2 genannten sind private Unternehmen, deren Hauptaufgabe es ist, ihren Besitzern Gewinne zu erwirtschaften. Dass in Einzelfällen auch journalistische Ambitionen eine Rolle spielen sei zugestanden.

Hauptzweck jedoch bleibt, vor allem beim Privatfernsehen, den Zuschauer an die Werbung zu verkaufen. Dementsprechend werden Inhalte danach (aus-)sortiert: was bringt Werbeeinnahmen, oder umgekehrt, welche Inhalte könnten vorhandene oder mögliche Werbekunden vergraulen.

Durch die in den letzten Jahren stark angestiegene Vielzahl von Publikationen und das Internet wird der Kampf um die Werbekunden immer härter. Wer zum Beispiel Autos herstellt, Jagdausrüstungen verkauft oder mit fotografischen Artikeln handelt, wird kaum noch z.B. im Stern oder Spiegel inserieren, sondern in den einschlägigen Fachzeitschriften, wo er mit Sicherheit „seine“ Kundschaft erreicht. Oft machen sich Großverlage dabei selbst Konkurrenz, wenn sie ihrem „neutralen“ Blatt auch noch vielerlei Fachzeitschriften gegenüberstellen. Es wird bei diesen Prozessen nicht mehr Werbung geschaltet, sie wird nur – hausintern – verlagert...

Es dürfte naiv sein, in einer Autozeitschrift kritische Artikel über den neuesten Stand des Dieselskandals zu finden, oder in der Apothekenzeitung etwas über die illegalen Geschäfte von habgierigen Ärzten mit Apotheken zu erfahren. Wir konstatieren also: private Medien begleiten Vorgänge in Politik und Gesellschaft kritisch nur insofern, als es ihrem Geschäft nicht schadet, oder dem politischen Weltbild der jeweiligen Besitzer nicht zuwiderläuft. Das war schon immer so.

Neuer ist der rasch zunehmende finanzielle Druck, unter dem nicht zuletzt auch regionale und überregionale Zeitungen stehen.

Die „Öffentlich-Rechtlichen“ sind, was neutrale und kritische Berichterstattung anbetrifft, beileibe nicht immer das lobenswerte Gegenteil – hier sei nur die häufig kritisierte mangelnde Staatsferne in ihren Aufsichtsgremien erwähnt. Aber immerhin gibt es, neben einigermaßen neutralen und umfassenden Nachrichtensendungen, doch viele kritische, politische

Magazine und darüber hinaus viele investigative Dokumentarsendungen. Als Beispiel der letzten Tage seien hier nur die Dokus zu den Themen „Paradise Papers“ und Rente erwähnt.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Zeitgeschehen und umfassende Information über dessen Entwicklung samt Hintergründen unter Nennung von Ross und Reiter geschieht hauptsächlich in den „Öffentlich-Rechtlichen“ und zunehmend auch in deren Internetplattformen. (Wer vor allem auch jüngere Zuschauer erreichen will, ist gezwungen in diesem Medium präsent zu sein.)

Damit kommt es zwangsläufig zum Konflikt mit den privaten Medien, denen durch die Internetpräsenz der „Öffentlichen“ Werbeinnahmen verloren gehen, so ihre laute Klage. Und dies in der eingangs beschriebenen Situation. So ist es kein Wunder, das nicht nur von der AFD, sondern auch aus den Kreisen der privaten Verleger und Fernsehveranstalter immer öfter der Ruf nach Rückschnitt der Öffentlich-Rechtlichen ertönt, wenn nicht sogar deren Daseinsberechtigung und die Erhebung der „Zwangsgebühren“ in Frage gestellt wird.

In der Schweiz läuft gerade ein Volksbegehren mit dem Ziel, die „Zwangsgebühren“ abzuschaffen. Danach sollte nur zahlen müssen, wer das SRF tatsächlich nutzt – und dann nur für die Sendungen, die er wirklich anschaut! Das wäre das Ende einer von wirtschaftlichen Interessen unabhängigen, kritischen Berichterstattung.

Wir sollten das Thema im Auge behalten, und falls es auch bei uns weiter hochkocht – die Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober zu diesem Thema und eine geplante im Frühjahr sind erste Alarmzeichen – auf die Tagesordnung nehmen und rechtzeitig unsere kritische Stimme erheben, als wir das bei CETA und TTIP getan haben...!

Jochen Prandhoff 25.11.2017

(Heidelberg)